

Rosa Luxemburg Stiftung

Die Linke und die Eigentumsfrage

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dieter Klein (Berlin)

Termin: 20. Januar 2011, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

20. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

30. November 2010

Fraktion DIE LINKE: Schwarz-gelbes Sparpaket ist klare Absage an den Osten Deutschlands

Zur bevorstehenden Verabschiedung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Dieser Haushaltsentwurf ist geprägt vom so genannten Sparpaket der Bundesregierung. In seiner Konsequenz ist dieses Sparpaket nicht allein ein Anschlag auf die Lebenssituation von Arbeitslosen, Familien, Rentnerinnen und Rentnern, sondern auch eine klare Absage an den Osten Deutschlands. Hier leben besonders viele Hartz-IV-Betroffene, hier leben besonders viele Menschen, die auf das Funktionieren sozialer Sicherungssysteme angewiesen sind. Maßnahmen wie die Streichung der Zuführungen zur Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger werden in Sachsen-Anhalt deutliche Auswirkungen haben.“

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als bezeichnend, wenn CDU und FDP in Sachsen-Anhalt dieses Sparpaket begrüßen. Nachdem Herr Haseloff in seiner ersten Reaktion von einer sozialen Schiefelage sprach, sieht er heute keine Differenzen mehr zum Ministerprä-

sidenten, der dieses Paket für ausgewogen hält.

Neben einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes fordert DIE LINKE unverändert die sofortige Einführung einer Kapitalverkehrssteuer, einer Erbschafts- und Vermögenssteuer, die diesen Namen auch verdienen sowie eine Verbesserung der Körperschaftssteuer, um die Basis des Sozialstaates zu stärken.



DIE LINKE wird zusammen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, ihren Protest gegen diese Politik fortsetzen.“

Luxemburg - Liebknecht - Gedenken

Auch 2011 wird wieder ein Bus gemeinsam mit dem Saalekreis organisiert, um an dem ehrenden Gedenken am 09.01.2011 in Berlin teilzunehmen.

Ab Dienstag, dem 30.11.2010 sind die Fahrkarten zum Preis von 10,00 Euro in der Geschäftsstelle zu den Öffnungszeiten oder über Marianne Böttcher erhältlich.

Kartenvorbestellungen über: organisation@dielinke-halle.de; linkesblatt@dielinke-halle.de

oder telefonisch über oder 0177/5737799

Die genaue Abfahrtszeit und der Treffpunkt werden im nächsten Linken Blatt veröffentlicht.



aus der Stadtratsfraktion:

Aus der Stadtratssitzung am 24.11.2010

Die geplante Demonstration des Thalia-Theaters wurde abgesagt, sie fand nicht statt. Aber es gab eine persönliche Erklärung von Herrn Gärtner, seines Zeichens Schauspieler. In der letzten Stadtratssitzung, im Oktober, hatte er die Stadtverwaltung und Herrn Stiska (Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH) verbal angegriffen und Vorwürfe erhoben. Hintergrund war der Beschluss des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH, das Thalia-Theater zu schließen, falls kein Haustarif abzuschließen wäre.

Ebenfalls in der Einwohnerfragestunde waren Vertreter der Singschule, die an die Oberbürgermeisterin Unterschriften übergaben. Der Förderverein der Singschule möchte die Singschule gern übernehmen. Dazu muss der jetzige Vertrag mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ allerdings gelöst werden. Mit der Sammlung von Unterschriften soll das Anliegen manifestiert werden.

Unsere Fraktion hatte zu der Sitzung einen Dringlichkeitsantrag zur Freigabe von Geldern für Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung gestellt. Damit sollte u. a. sichergestellt werden, dass die Gehälter für ErzieherInnen bis zum Jahresende ausgezahlt werden können. Die Verwaltung legte dazu noch rechtzeitig eine Dringlichkeitsvorlage vor, die dann später auch beschlossen wurde. Bodo Meerheim konnte unseren Dringlichkeitsantrag mit den Worten „der Dringlichkeitsantrag hat seine Aufgabe erfüllt“ zurückziehen.

Wieder stand der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umbenennung der Emil-Abder-

halden-Straße auf der Tagesordnung. Er wurde jedoch durch Mehrheitsbeschluss von der Tagesordnung genommen, weil Einigkeit darin bestand, erst ein entsprechendes Gutachten der Leopoldina abzuwarten.

Ohne größere Diskussionen wurden dann die Beschlüsse zum Jahresabschluss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA), der Wirtschaftsplan zum EfA, dem Abwägungsbeschluss zum Bau des Wohngebietes am Sophienhafen, dem Bebauungsbeschluss zur Gartenstadt Nietleben und dem Beschluss zur Sicherung der Ufersicherung im Bereich MMZ, Gaststätte Saalekahn- gefasst.

Diskussionen gab es allerdings zur Vorlage „Umwandlung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Warum das? Mit dieser Umwandlung soll eine höhere Eigenständigkeit erreicht werden und eine bessere Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Ziel soll auch sein, dass in Zukunft Schulen und Sporthallen durch diese Anstalt betreut werden könnten. Unsere Fraktion stimmte schließlich der Vorlage zu, auch weil unser Vorschlag, diese Anstalt nicht nur mit sechs, sondern neun Stadträten zu besetzen.

Auch der Friedhofsgebührensatzung stimmten wir zu. In der Satzung ist u. a. festgelegt, dass die Benutzung der Trauerhallen teurer wird. Swen Knöchel sprach im Stadtrat dazu und forderte umgehend eine Friedhofskonzeption ein. Normalerweise sei es üblich, beide Vorlagen zusammen abzustimmen!

Keine einheitliche Meinung vertraten wir als Fraktion in der Abstim-

mung zum Ausbau der Brücke Franz-Schubert-Straße. Der Ausbau der Brücke wird um ca. 400000 Euro teurer, weil ein Fahrstuhl eingebaut werden soll. Sicher ist es dann behindertenfreundlicher, aber im Planungsausschuss wurden auch über alternative Rampenvarianten diskutiert, die aber keine Mehrheiten fanden. Dr. Uwe Köck argumentierte auch gegen die Vorlage und meinte, dass die Folgekosten für den Aufzug durchaus auch für andere Straßen und Plätze in Halle gebraucht werden könnten! Mit einer Mehrheit der Stadträte wurde die Vorlage aber dann angenommen.

Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD um hallesche BürgerInnen, die Halle vor einer Zerstörung im zweiten Weltkrieg bewahrten. Eine Tafel die keine Namen nennt, soll dazu aufgestellt werden. Der Alternativantrag war notwendig geworden, weil die FDP-Fraktion zum wiederholten Mal nach Möglichkeiten zur Ehrung von Graf Luckner gesucht hatte!

Mit Spannung war das Ergebnis zur Abstimmung des Antrages der GRÜNEN erwartet worden, in dem es darum geht, dass die Schließung des Thalia-Theaters durch den Aufsichtsrat aufgehoben werden sollte im Stadtrat. Im Prinzip ist die Schließung des Theaters vom Tisch, doch weil es vor allem jetzt darum geht, ein Konzept für die Arbeit aller Theater der Stadt zu erarbeiten, wurde der Antrag in den Kulturfinanzausschuss verwiesen.

Auch der Antrag der Fraktion MIT-BÜRGER/ Neues Forum, der die

Eigenständigkeit des Thalia-Theaters fordert, wurde in den Kultur- und Finanzausschuss verwiesen. Unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen stellten Mitglieder unserer Fraktion auch wieder Nachfra-

gen zu den verschiedensten Themen. Das Thema der Finanzen war das Überraschende. Die Oberbürgermeisterin verwies noch einmal sehr deutlich auf die Tatsache, dass auch für das nächste Haushaltsjahr Spar-

maßnahmen, insbesondere weniger Fördermittel, angedacht sind bzw. diese vom Land gefordert werden, solange wir keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Ute Haupt

Die Stadtratsarbeit ist ein ausfüllendes Ehrenamt



René Trömel

1. René, Du bist als Stadtrat nun schon über ein Jahr in der Fraktion tätig. Vorher warst Du schon über viele Jahre sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss. Was hat sich für Dich verändert?

Ich bin im Bildungs- und Jugendhilfeausschuss, sowie im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung tätig. Schon allein dadurch ist die Arbeit in der Fraktion umfangreicher geworden als zu Zeiten als sachkundiger Einwohner. Die Einbeziehung der sachkundigen EinwohnerInnen in die Arbeit der Fraktion hatte ich in der Vergangenheit bereits sehr geschätzt, als Stadtrat erhalte ich umfangreichere Informationen und Materialien, diese sind intensiv durchzuarbeiten, um mich gut auf die Ausschüsse und den Stadtrat vor zu bereiten. Dieses Arbeitspensum wäre ohne den Rat und die Mithilfe unserer sachkundigen EinwohnerInnen nicht zu bewältigen.

2. An welchen Schwerpunktaufgaben arbeitest Du zurzeit?

Wichtig ist mir die Stärkung der Sekundarschulen, auch wenn das Land für die Bildungsinhalte zuständig ist, kann die Stadt mit ihrer Verantwortung für die Standortplanung, die bauliche Hülle und der Absicherung des internen Schulbetriebes (Ausstattung mit Lehr- und Lernmaterialien, Veranstaltungen außerhalb der Schule, Schülerbeförderung u.a.) wesentlich dazu beitragen, dass die Sekundarschulen nicht zu „Restschulen“ verkommen. Ich arbeite als Schulsozialarbeiter an einer halleschen Sekundarschule, hier kann ich tagtäglich erleben, wie schwer es ist, Kindern und Jugendlichen eine Teilhabe zu ermöglichen und Chancengleichheit bei der Aneignung von Bildung zu bieten, wenn die materiellen Voraussetzungen fehlen. Hierfür ist die Stadt Halle als Schulträger zuständig.

Besonders kritisch sehe ich die Schließung von Förderschulen zu Gunsten der Haushaltskonsolidierung, zumal es nicht zu einer besseren Förderung der benachteiligten SchülerInnen führt, sondern das Gegenteil bewirkt, da die Klassenstärken sich an der Maximalbelegung orientieren. Solange die Voraussetzungen für eine inte-

grative Beschulung nicht gegeben sind, setzte ich mich für die Beibehaltung unserer Förderschullandschaft ein.

Bei der Neuausrichtung der Jugendhilfeplanung erwarte ich eine stärkere Einbeziehung der freien Träger und eine transparente Darstellung der zukünftigen Förderpraxis der Verwaltung.

3. Die Stadtratsarbeit ist ein ausfüllendes Ehrenamt. Gibt es dennoch Zeit und Muße für weiteres ehrenamtliches Engagement?

Na klar, erst einmal innerhalb der Partei DIE LINKE, als einer von zwei BasisgruppensprecherInnen der BO Neunzehn Uhr.

Als Vorsitzender von Kinderland Sachsen-Anhalt e.V. engagiere ich mich unter anderem ehrenamtlich bei der Betreuung unserer Kindertagesstätte „Pusteblume“ in Wolfen und bei der Organisation von Ferienfreizeiten und Jugendbildungsmaßnahmen. Ich bin Mitglied des Vereins der Freunde und Förderer der Sekundarschule „Am Fliederweg“ und erweitertes Vorstandsmitglied des Landesverbandes der Kindererholungszentren Sachsen-Anhalt e.V..

Das Interview führte Ute Haupt.

Der Stadtvorstand DIE LINKE Halle (Saale)

trauert um den Genossen

Prof. Dr. habil. Ekkehard Sauer mann

* 16.01.1929 † 15.11.2010

Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

Öffentliche Sicherheit im Spannungsfeld zwischen individuellen Grund- und Freiheitsrechten

„Deutschland ist im Fadenkreuz internationaler Terroristen: Es gibt konkrete Hinweise, dass für Ende November ein Anschlag geplant ist. Die Sicherheitsvorkehrungen seien verschärft worden....“, so berichtete am 17. November 2010 Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU).

Kaum ein Politikfeld ist in der öffentlichen Debatte so umstritten und Gegenstand der politischen Auseinandersetzung wie das der Gewährleistung der Sicherheit der Gesellschaft und des Staates und damit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Glaubt man den Medien oder dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima, ist man geneigt anzunehmen, dass unser Leben von Unsicherheit sowie latenter Bedrohung und zunehmender Gefahr durch Terrorismus geprägt ist. Aber entspricht das der Realität? Oder wird diese Angst teilweise nicht auch bewusst künstlich geschürt, um plausibel begründen zu können, warum Gesetze verschärft und Grund- und Freiheitsrechte eingeschränkt werden müssen?

Selbstverständlich muss man die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, Opfer von Gewaltstraftaten zu werden, sehr ernst nehmen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen. Aber diese müssen zu mindestens dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit standhalten und die individuellen Grund- und Freiheitsrechte nicht unzulässig einschränken.

Aus diesem Grund hat sich die Fraktion DIE LINKE der politischen Herausforderung gestellt, ein Konzept unter dem Titel „Öffentliche Sicherheit bei Wahrung der Grundrechte landesweit garantieren“,

welches landespolitische Handlungsoptionen mit einem ressortübergreifenden Ansatz verbindet, zu erarbeiten.

Unser konzeptionelles Anliegen ist es dabei, darzustellen, welchen sicherheitspolitischen Ansatz wir als LINKE vertreten und wie wir beabsichtigen, diesen künftig in der Landespolitik umzusetzen. Unser Ziel ist es dabei herauszuarbeiten, was linke Politik mit Blick auf die Gewährung der Öffentlichen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von der derzeitigen Politik konservativer Politiker grundlegend unterscheidet.

Für uns gilt dabei uneingeschränkt, wer Öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen und ausdrücklich nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung und nicht für die Vertiefung sozialer Gegensätze. Grund- und Freiheitsrechte dürfen nicht zur Disposition gestellt werden und zu Gunsten einer vermeintlichen staatlichen Sicherheit eingeschränkt werden.

Wir setzen uns dabei insbesondere ein:

- * für eine Novellierung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt,

- * für eine angemessene Polizeipräsenz in der Fläche,

- * für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte und -beamtinnen, für die Einrichtung einer wirklich unabhängigen Beschwerdestelle der Polizei,

- * für eine deutliche Stärkung des Rechtes der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber dem Ar-

beitgeber sowie

- * für eine unabhängige, moderne und bürgernahe Justiz.

Und wir wenden uns insbesondere entschieden gegen:

- * eine sich ausbreitende Videoüberwachung,

- * verdachtsunabhängige Personenkontrollen,

- * Lausch- und Spähangriffe, Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung,

- * das Instrument der Rasterfahndung,

- * bestehende Einschränkungen des Versammlungsrechtes sowie härtere Strafen.

Benjamin Franklin hat folgendes gesagt: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Lasst uns gemeinsam dafür streiten und in diesem Sinn eine linke Politik der Öffentlichen Sicherheit, welche Demokratie- und Freiheitsrechte stärkt, statt diese unter Ausnutzung der Sorgen und Ängste der Menschen immer weiter auszuhöhlen, Wirklichkeit werden zu lassen.

Gudrun Tiedge

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

Blumenstraße 16

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

25.11.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 09.12.2010

Programmdebatte

Kunst und Kultur noch unterbelichtet

Dass Kunst und Kultur unser aller Leben bereichern und das gesellschaftliche Miteinander mitformen und prägen, wird niemand anzweifeln. Dass eine Partei mit Gestaltungsanspruch in Opposition und Regierungsverantwortung sich programmatisch differenziert zu diesem großen, alle berührenden Bereich verhalten muss, ist sicherlich unstrittig. Sucht man im Programmentwurf der LINKEN nach diesen beiden Begriffen, findet man „Kultur“ 29 Mal, „Kunst“ 0 Mal und mit Blick auf Produktionsformen „künstlerisch“ 1 Mal. Schaut man sich die Kulturstellen genauer an, beschleicht einen ein ungutes Gefühl. Dort, wo der Kulturbegriff auftaucht, wird er zumeist in floskelhaften Verbindungen gebraucht wie Bildung und Kultur, die dem kapitalistischen Profitstreben nicht überlassen werden dürfen, es geht um kulturelle Vorherrschaft in kriegerischen Auseinandersetzungen, um die ökologische Frage, die zugleich auch eine kulturelle Frage ist. Es geht um die Sicherung der kulturellen Teilhabe bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik oder in den ländlichen Räumen um deren Finanzierbarkeit und in einem speziellen Abschnitt um die „Wissens- und Kulturgesellschaft“ wobei aber unklar bleibt, worum es sich dabei handelt. Wenn diese Begriffe verwandt werden, müssten sie unserer Meinung nach unteretzt werden.

Was uns fehlt - und das halten wir für besonders wichtig - sind erstens Aussagen, dass alle Menschen die Möglichkeit zum kulturellen Selbstausdruck und zur Teilnahme an der kulturellen Kommunikation haben

sollen. Das setzt individuelle Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, die erlernt und lebenslang vertieft werden müssen. Die Grundlagen dafür werden im Elternhaus gelegt. Und bereits hier beginnt die gesellschaftliche Verantwortung, zu der eine Volkspartei Stellung beziehen muss. Der Mangel an Anregungen für Kinder in bildungsferneren Haushalten muss mit kulturellen, insbesondere musischen Bildungsangeboten ausgeglichen werden in Kindertagesstätten, in Schulen, in Vereinen, um Chancengleichheit wenigstens anzustreben. Ohne solche Angebote wird die Forderung nach Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft zur Leerformel. Aber diese Forderung selbst ist im Entwurf nicht hinreichend ausgestaltet. Die sehr komprimierte Behandlung im Abschnitt IV - „Linke Reformprojekte - Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung“ - halten wir für zu undifferenziert.

Zum Zweiten fehlt ein Bekenntnis der Partei zur Unverzichtbarkeit der Künste in der Breite ihrer Ausdrucksformen für eine lebendige Demokratie. Die Beschränkung auf die Förderung der Vielfalt der Träger kultureller Produktion ist hier unzureichend. Ein kurzer Rückblick in die Geschichte zeigt, dass es gerade in Verbindung mit dem Stalinismus verhängnisvolle, bis zur physischen Vernichtung gehende Fehlentwicklungen und erbitterte kunsttheoretische Auseinandersetzungen gab, die zur Abkehr vieler Künstler von der sozialistischen Idee führte. Aber die Stalinismusfrage als solche ist bis auf die Erinnerung, dass die PDS als eine der

Vorgängerparteien den unwiderflichen Bruch mit dem Stalinismus vollzogen habe, aus dem Programmentwurf auch herausgehalten. Ob unsere programmatischen Aussagen - unter beiden Aspekten - hinreichend sind, wäre zu diskutieren.

Zum Dritten sollte im Programm differenziert Stellung bezogen werden zum kulturellen Leben in der Gesellschaft. Hier verbieten sich pauschale Urteile, wie sie im Text leider zu finden sind. Im Kapitalismus entstand der bürgerliche Kulturbetrieb mit seinem heutigen Anspruch, allen offenzustehen. Es gibt in Deutschland ein reiches Kulturangebot zum Mitmachen und zum „Konsumieren“. Ein allzu schneller Verweis auf Defizite und Finanznot macht den Blick eng. Natürlich wollen wir keine Schließungen von Theatern oder Bibliotheken, aber wir brauchen zeitgemäße Antworten, wie wir diese Institute finanzieren und wirklich für alle zugänglich halten, manchmal auch machen können. Hier sind wir gefordert, Vorschläge zu machen. Die Antwort auf die komplizierte Situation bei schrumpfenden öffentlichen Haushalten müssen wir aber im Streit verschiedener Interessen in der Gesellschaft finden. Ohne diese offene Diskussion wird ein ideenloser oder resignierender Schließungswahn uns unserer kulturellen Substanz berauben.

Hier ist schnelles Handeln geboten. Wir haben uns in Beratungen der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz, einer Bundesarbeitsgemeinschaft unserer Partei, im Juni und im September mit diesem programmatischen Defizit auseinandergesetzt.

setzt und konkrete Vorschläge unterbreitet, unter welchem Aspekt und an welcher Stelle im Programm-entwurf wir weitergehende kulturpolitische Positionen aufgenommen wissen wollen. Wenn es uns als Partei nicht gelingt, dieses Defizit mit substantiellen Angeboten zu füllen, werden uns zu einem Künstler und Kulturschaffende nicht als

Partner akzeptieren, weil wir ihnen das Signal aussenden, ohne sie auszukommen. Zum anderen berauben wir uns selbst des produktiven Dialogs mit den Künstlern als den sensibelsten Beobachtern gesellschaftlicher Prozesse, den wir jedoch brauchen, um visionäre Antworten zu finden für zukünftiges Leben in Deutschland, in Europa,

in der ganzen Welt.

Stefan Gebhardt und Martin Reso

Die BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz ist als Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Kultur offen für KünstlerInnen und Kulturinteressierte bei der LINKEN.

Naturschutz geht durch den Magen Abgabe von schmackhaftem Schaffleisch

Schutz durch Nutzung

Der Regionalverband Halle/Saalkreis e. V. des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) hat eine kleine Schafherde, die Naturschutzflächen der Stadt Halle und des Saalekreises pflegt.

Überwiegend werden artenreiche Magerrasen beweidet. Damit leisten die Schafe einen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft.

Gesundes Fleisch aus der Region

Die Schafe stehen ganzjährig auf den Weiden, außer bei Schnee. Da die Tiere kein zusätzliches Futter erhalten, fressen sie nur das, was an schmackhaften Gräsern und Kräutern auf den Weiden wächst.

Dadurch ist ihre Gewichtszunahme langsamer.

Auch Sie profitieren

Leisten Sie einen aktiven Beitrag zum Natur- und Landschaftsschutz, indem Sie Schaffleisch essen. Der Regionalverband bietet Interessierten an, Schaffleisch gegen eine Spende zu erwerben. Im Angebot haben wir halbe oder ganze Schafe zu einer Mindestspende von 50 • bzw. 100 •. Unsere Schafe wiegen zwischen 40 kg und 50 kg. Das Fleisch hat eine etwas längere Garzeit, da es sich nicht um Lämmer, sondern um erwachsene Tiere handelt. Rezepte finden Sie auf unserer Homepage www.nabu-halle.de. In der Spende sind die Kosten des Schlachtens und Grobzerlegens sowie der Fleischschau enthalten. Sie dient außerdem der Wiederbeschaffung neuer Schafe im kommenden Frühjahr.

Wenn Sie Interesse an dem Angebot haben, melden Sie sich bitte beim Regionalverband des NABU unter Tel. 0345 – 20 21 61 8, im Wahlkreisbüro von Uwe Köck, Tel. 0345 - 2 94 18 63 oder per E-Mail: nabuhalle@t-online.de.



Weihnachts- PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 17. Dezember 2010

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: gegen 22.00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg 150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6 sowie Buslinie 26, Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 •. Jeder erhält einen Preis, Geldpreise für die Plätze 1-3, Preise für die Plätze 4-8: Weihnachtsgänse und Puten.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 18.10 Uhr.

Buchtipps + Neuerscheinungen +

„Apfelmus mit und ohne Zucker“ von Arthur Epperlein

Ein weiteres Büchlein mit Karikaturen des halleschen Zeichners Arthur Epperlein ist in diesen Tagen beim Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, Halle erschienen. Das Epperbuch „Apfelmus mit und ohne Zucker“ ist bereits der vierte verbesserte Reprint der älteren Ausgaben. Das Original ist 1970 erschienen.

Der Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind bemüht sich seit rund 12 Jahren um die Pflege des Werkes von Epper, das rund 14000 Zeichnungen umfassen soll. Arthur Epperlein starb vor 15 Jahren und hatte bis zu seinem Tod fast 40 Jahre als Pressezeichner gearbeitet.

Seine fast 30 Epperbücher sind Kult und waren immer schnell vergriffen. Seit 1999 sind im Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind 9 neu zusammengestellte Bücher bzw. Reprints erschienen und über 20 Nachauflagen mit einer Gesamtauflage von über 32.000 Exemplaren. „Epperwitze“ sind auch heute immer noch überraschend aktuell. Die Beliebtheit, jetzt deutschlandweit, ist ungebrochen.

Und schon gibt es auch Pläne für die nächsten Jahre. Neben weiteren Reprints, so des Epperbuches ZIS von 1971, gib es die Idee, die aktuelle Tageskarikatur von Epperlein von 1953 - 1957 aufzuarbeiten. Epper ist Zeit seines Lebens, er wurde 76, seinen Fans im Mitteldeutschen Raum und speziell in Halle treu geblieben und so lohnt es sich, ihn nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

EPPER - Buch, 80 Seiten, paperback, original Epperformat 12x19 cm, Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind, Preis: 4,00 Euro.

Halle Kalender für 2011:

Auch in diesem Jahr hat die Druckerei John in Halle und der Künstler Volker Seifert einen Hallekalender für das Jahr 2011 gestaltet. Zu den zwölf, ausschließlich halleschen Motiven in schwarz-weiß zählen dieses Mal unter anderen der Hansering, der Volkspark, die Burg Giebichenstein, die Moritzburg, der Robert-Franz-Ring und die Kleine Ulrichstraße. Der Preis liegt bei 19,00 Euro.



Mit den gleichen Motiven ist auch ein Postkartenkalender zum Preis von 5,00 Euro erhältlich.

Schmidts Atomstrategie

Atombomben der NATO auf Städte wie Lübeck, Kiel oder Flens-

burg, um den Sowjets deren Benutzung zu verwehren, so die Planungen, als Helmut Schmidt sein Amt als Verteidigungsminister antrat. Er setzte wieder das Primat der Politik über das Militär durch, als deutsche Generäle Ende der 60er Jahre ohne Wissen der Öffentlichkeit direkten Zugriff auf Atomwaffen hatten.

Einer seiner ersten Schritte war, die USA zur Räumung der Lager mit Atomminen in unmittelbarer Grenznähe zur DDR zu veranlassen.

Detlef Bald „Politik der Verantwortung“, Aufbau Verlag, 288 Seiten, Preis 22,95 Euro.

Die schwarze Kerze

Zum 80. Geburtstag erschien eine neue Ausgabe von Helds Thriller „Das Licht der schwarzen Kerze“, die Erstausgabe erschien 1996 im Verlag „Das neue Berlin“. Das Buch beruht auf dem Szenarium des DDR-Fernsehfilms gleichen Titels von 1973. Geschichtlicher Hintergrund: die weithin geheime Produktion von Massenvernichtungswaffen (Nervengase wie Tabun, Sarin und Soman) durch Hitlerdeutschland und einige Großmächte. Die Handlung setzt kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges ein. Es geht um äußerst gefährliche verdeckte Operationen von Aufklärern.

Eine abenteuerliche Kundschaftergeschichte nicht nur für Freunde seriöser Spannungsliteratur.

Werner Voigt/„UNZ“ 19/2010

Alle Titel können über den Verlag & Verlagsservice Fa. Schneidewind (Telefon: 5170956 oder Email: kontakt@verlag-schneidewind.de) bestellt werden.